

Gefahr eines US- Angriffskrieges gegen den Iran steigt – Bundeskanzlerin Merkel gießt Öl ins Feuer

von Frank Hagen, Schatzmeister Freisinger Linke

Fast täglich überschlagen sich die Nachrichten über den Konflikt um das iranische Atomprogramm. Die öffentliche Diskussion in den westlichen Ländern wird dabei einseitig darauf gelenkt, dass dieses Atomprogramm nicht nur zivilen Zwecken diene, sondern mit dem Ziel verfolgt werde, Atomwaffen zu entwickeln. Mit dieser einseitigen Bedrohungsanalyse begründet der Westen seine Drohungen mit Wirtschaftssanktionen bis hin zu einem militärischen Eingreifen.

Iran sucht Alternative zu fossilen Energieträgern

Der Iran ist ein Land mit rasch wachsender Bevölkerung und mit einem stark zunehmenden Energiebedarf und möchte seine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren. Unabhängig davon, ob man Befürworter oder Gegner der Atomenergie ist – der Iran hat selbstverständlich das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie. Um nicht vom Ausland abhängig zu sein, ist hierzu auch ein geschlossener Brennstoffkreislauf notwendig, was die Anreicherung von Uran einschließt. Die EU- Staaten haben aus eigenen wirtschaftlichen Erwägungen heraus (eventuelle Aufträge für die eigene Atomindustrie) erst gar nicht die Alternative von erneuerbaren Energieträgern ins Spiel gebracht. Es geht dem Westen also nicht darum, die Nutzung der Atomenergie an sich zu verhindern, sondern nur eine Light-Version zu gestatten, die den Iran in eine Abhängigkeit der Lieferung von Brennstäben aus dem Ausland zwingt.

Iranisches Sicherheitsdilemma

Bei der Diskussion um das iranische Atomprogramm wird die aggressive Außenpolitik der USA, die sie gemeinsam mit einer ‚Koalition der Willigen‘ oder in Arbeitsteilung mit der NATO im Nahen Osten betreibt, vollkommen ausgeblendet. Während die amerikanische Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt wird, um gegen den Iraq und Afghanistan völkerrechtswidrige Angriffskriege zu führen und dort vom Westen gestützte Marionettenregime zu installieren, übernimmt die NATO die Aufgabe, die geostrategisch eroberten Bastionen z.B. in Afghanistan militärisch, zivilgesellschaftlich und z. T. mit Hilfe von NGO's abzusichern. Gleichzeitig wird im Iraq und in Afghanistan der Ausbau von US-Militärbasen für eine langfristige Präsenz massiv vorangetrieben. Der Iran wird so von allen Seiten eingekreist. Vom Westen her durch den besetzten Iraq und das NATO-Mitglied Türkei, im Osten durch Afghanistan und das mit den USA verbündete Militärregime in Pakistan. Zu guter Letzt stellt das Atomprogramm Israels, das durch massive Unterstützung Frankreichs und der USA erst möglich wurde, eine ernsthafte Bedrohung Irans sowie für viele arabische Länder dar. Der Rückzug der Truppen aus den USA und aus NATO-Ländern aus den besetzten Staaten, sowie eine atomwaffenfreie Zone für den Nahen Osten werden erst gar nicht ins Kalkül gezogen. Warum auch, geht es doch der westlichen „Wertegemeinschaft“ um Dominanz und Unterordnung dieser Länder, um sich deren natürlichen Ressourcen (in erster Linie Erdöl und Erdgas) zu bemächtigen. Unter diesen Bedingungen eines krassen Ungleichgewichts stellt sich eine Atombewaffnung des Irans, so sie denn anvisiert wäre, für iranische Militärs als Möglichkeit dar, einen US-Angriff auf das eigene Land abzuwenden.

Angela Merkel: Iran hat ‚rote Linie‘ überschritten - für Kriegsfähigkeit und ungehemmte Expansion der NATO

Ohne dem Iran substanzielle Sicherheitsgarantien zu geben und seine Energiebedürfnisse zu berücksichtigen, sind die Verhandlungen der EU mit dem Iran über sein Atomprogramm zum Scheitern verurteilt. Die permanente Unsicherheit im Nahen Osten und die nachvollziehbaren Ängste der israelischen Bevölkerung vor einer Atombewaffnung des Irans dienen als Vorwand, um die geostrategischen Interessen der USA und EU durchzusetzen, d.h. das Atommonopol Israels zu zementieren und den Iran als Regionalmacht auszuschalten. Man will die Energiereserven des Nahen Ostens unter Kontrolle bringen, bevor China oder Indien als aufstrebende Großmächte dazu in der Lage sind. Angela Merkel legt bei ihrer Rede auf der Sicherheitskonferenz in München ganz bewußt den Akzent auf die „transatlantische Partnerschaft“, da weder die USA noch die EU alleine in der Lage sind, ihre imperialistischen Ziele zu verwirklichen. Aus finanziellen Gründen und wegen der Gefahr militärischer Überdehnung sind die USA und die EU im Rahmen der NATO zu einem gemeinsamen Vorgehen gezwungen. Aus einem Strategiepapier der EU, dem Solana-Papier, zitiert Angela Merkel den Satz: *„In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohle der Welt sein“*. Die dabei entstehenden „Synergie-Effekte“ – wie z.B. bei der Arbeitsteilung in Afghanistan sichtbar - sollen dazu dienen, das Einsatzgebiet der NATO *„auf fast alle Regionen der Welt“* auszudehnen. Eine von Angela Merkel ausdrücklich befürwortete zukünftige Ausdehnung des NATO-Gebietes auf die Ukraine und Georgien rückt die Einflußzone eines von den Kernstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien dominierten EU bis vor die Tore Moskaus. Des weiteren habe man *„vielerlei weitere Regionen zu beachten“* wie z.B. *„Weißrußland, Südkaukasus und Zentralasien“*. Dies weckt eher Erinnerungen an die Großraumstrategie Nazideutschlands, als dass es einem friedlichen Ausgleich mit Rußland dient. Die Bundeskanzlerin strebt eine stärkere militärische Anbindung Japans, Australiens und Neuseelands an die NATO an, womit wohl der wachsende Einfluß Chinas und Indiens in Südostasien eingedämmt werden soll. Außerdem sollen *„Sicherheitspartner in anderen Regionen der Welt“* gesucht werden – genannt werden hierbei die Staaten der Afrikanischen Union und die Mittelmeeranrainerstaaten. Vielleicht kann man hier in Anlehnung an die US-Strategie der ‚Koalition der Willigen‘ billige Hilfstruppen für zukünftige militärische Abenteuer gewinnen? Das nächste Abenteuer scheint jedenfalls im Iran ins Haus zu stehen, und die deutsche Bundeskanzlerin möchte dieses mal nicht auf der Zuschauertribüne Platz nehmen. Auf der Konferenz sagt sie unmißverständlich: *„Wir wollen und wir müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern.“* Und weiter: *„Der Iran hat mutwillig – ich muss das leider so sagen – die ihm bekannten ‚roten Linien‘ überschritten.“* Den UN-Sicherheitsrat mit seinem US-Vetorecht sieht Frau Merkel als *„legitimen Ort“* an, auf dem internationale Konflikte besprochen werden – und gießt damit Wasser auf die Mühlen der Falken im Pentagon.

Zusammenarbeit mit Kriegsverbrechern?

Wenn die Kanzlerin im Zusammenhang mit der *„transatlantischen Partnerschaft“* von einer *„gemeinsamen Wertebasis“* und *„der Würde des Menschen“* spricht, die geradezu dazu prädestiniert, weltweit *„Verantwortung“* (im Sinne von Kriegsführung) zu übernehmen, dann scheinen ihr die Vorgänge in den Foltergefängnissen wie in Guantanamo, im Iraq und in Afghanistan entgangen zu sein. Ebenso verliert sie kein Wort über die Kriegsverbrechen der US-Armee: von willkürlichen Erschießungen, militärischer Besetzung von Krankenhäusern, systematischer Zerstörung von Wohngebieten wie in Falludja und anderen iraqischen Städten, dem Einsatz

völkerrechtswidriger Waffen wie weißem Phosphor sowie dem Einsatz von Geschossen aus angereichertem Uran.

Folgen eines Kriegsabenteuers gegen den Iran verheerend

Vergleichbar mit der Verstaatlichung der im britischen Besitz befindlichen Ölindustrie durch die Regierung Mossadeghs in den 50er Jahren hat das iranische Atomprogramm eine nationale symbolische Bedeutung für das iranische Volk. Dies wird auch von Regimekritikern so gesehen. Vergessen haben die Iraner auch nicht, dass es die Amerikaner waren, die durch einen Militärputsch den Schah an die Macht gebracht haben und die Verstaatlichung der Ölindustrie verhinderten. Heute wiederum sind es wieder dieselben Mächte, die das nationale Atomprogramm zerstören wollen. Es ist klar, dass ein militärischer Angriff einen Solidarisierungseffekt der Bevölkerung mit der iranischen Regierung bewirken wird. Da die USA im Iraq gebunden sind und gar nicht über die Kapazitäten für eine militärische Besetzung Irans verfügen, wird ein Luftkrieg zur Zerstörung der iranischen Atomanlagen favorisiert. Durch Luftangriffe würden wahrscheinlich Tausende von Iranern getötet und massiv radioaktives Material in die Umwelt freigesetzt. Der Iran wiederum könnte als Antwort einen Aufstand der schiitischen Bevölkerung im Iraq entfachen. Der bedeutende iraqische Schiitenführer Muktada el Sadr hat bereits angekündigt, im Falle eines US-Angriffs auf den Iran im Iraq einen Aufstand durchzuführen. Da el Sadr eher gute Beziehungen zu den Aufständischen im sunnitischen Dreieck pflegt, könnte es gut sein, daß ein sunnitisch- schiitischer Aufstand gegen die Besatzungstruppen bei logistischer Unterstützung durch den Iran die USA und Großbritannien ernsthaft in Bedrängnis bringen - es sei denn, sie greifen zu exzessiver Gewalt in Form von Flächenbombardements auf Wohngebiete. Und davor würden die USA wohl kaum zurückschrecken.

Ökonomische Folgen

Der Iran verfügt über mehr als 10% der globalen Erdöl- und 15% der globalen Erdgasreserven. Ein Öllieferboykott, dem sich auch der fünftgrößte Erdölexporteur Venezuela anschließen könnte (Präsident Chavez hat dies schon wegen massiver Einmischung der USA in die venezolanische Innenpolitik angedroht), würde die Weltwirtschaft ins Chaos stürzen.

Forderungen an die Bundesregierung

- alle Drohgebärden an die Regierung des Irans sind sofort zu unterlassen
- die Bundesregierung muss eine Nahost- Initiative zur Einrichtung einer Atomwaffenfreien Zone einschließlich Israels ergreifen
- die Bundesregierung fordert den Abzug jeglicher Besatzungstruppen aus Iraq und Afghanistan, diese sollen vielmehr durch Sicherheitskräfte aus den Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga und anderen moslemischen Ländern ersetzt werden
- die unter Besatzungsregime durchgedrückten Verfassungen in Afghanistan und im Iraq sind zu annullieren und auf der Basis einer breiten Beteiligung der Bevölkerung und ohne Einmischung von außen neu zu formulieren
- die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen muß durch die massive Förderung von regenerierbaren Energieträgern und durch Energieeinsparung reduziert werden